

Pressemitteilung

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Heidelberg
Postfach 10 31 62 69021 Heidelberg
<http://heidelberg.rote-hilfe.de>



4.7.2017

Gefährderansprachen im Raum Mannheim/Heidelberg

Bei vier linken Aktivist*innen aus der Region ist in den vergangenen Tagen die Polizei vorstellig geworden und warnte sie vor besonders schweren Repressalien, sollten sie an den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg teilnehmen wollen. Diese so genannten Gefährderansprachen finden derzeit bundesweit statt; bekannt sind Fälle u.a. aus Hamburg, Rostock, Dresden, Leipzig, Burg und Saarbrücken.

Bei diesen „Gefährderansprachen“ wird den Betroffenen von mehreren Polizeibeamt*innen, die meist an der Wohnadresse vorstellig werden, nachdrücklich nahegelegt, nicht zu den bevorstehenden Protesten zu fahren. Für den Fall, dass sie entgegen dieser amtlichen Aufforderung von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen und sich an den Demonstrationen beteiligen, wird mit verschärften Repressionsmaßnahmen gedroht.

Vor einigen Tagen war bekannt geworden, dass im Rahmen der Planungen des „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums“ (GETZ), einem Kooperationsprojekt von Inlandsgeheimdienst und Polizeibehörden, unter anderem gerade solche „Gefährderansprachen“ verstärkt zur Einschüchterung von Aktivist*innen eingesetzt werden sollen.

Bei den beiden bekannt gewordenen Vorfällen in Mannheim, die sich am 27. und 28. Juni ereignet hatten, waren die Betroffenen zum Zeitpunkt des polizeilichen „Hausbesuchs“ nicht daheim, woraufhin sich die Beamt*innen in der Nachbar*innenschaft nach ihnen erkundigten – in einem Fall sogar mit einem Foto des Aktivist*innen, das sie den Anwohner*innen zeigten.

Am gestrigen Montag wurde ein junger Heidelberger in den frühen Morgenstunden vom Bundeskriminalamt (BKA) auf seinem Handy angerufen.

Auch bei dem vierten Genossen aus dem Raum Heidelberg, einem noch minderjährigen Aktivist*innen, meldete sich das BKA gestern telefonisch, allerdings auf dem Festnetzanschluss. Als die Mutter des Betroffenen erklärte, der Jugendliche befinde sich auf einem Lehrgang, drohten die BKA-Anrufer sogar, ihn in der Schule aufzusuchen.

Diese Einschüchterungsversuche, mit denen Gipfelgegner*innen davon abgehalten werden sollen, ihre Meinung auf die Straße zu tragen, reihen sich ein in die massi-

ve Kriminalisierungsstrategie, mit der Polizei und Justiz versuchen, die Proteste in Hamburg zu unterbinden und zu verunglimpfen. Das Drohszenario, das von verleumderischen Pressekampagnen begleitet wird, reicht von der Einrichtung menschenunwürdiger Gefangenensammelstellen über die Schaffung flächendeckender grundrechtsfreier Zonen und das Verbot sämtlicher Protestcamps bis hin zur Einschüchterung der Presse. Diese staatlichen Maßnahmen stellen systematische Angriffe auf rechtsstaatliche Mindeststandards und minimale Grundrechte dar.

Die Rote Hilfe Heidelberg/Mannheim protestiert entschieden gegen die staatlichen Versuche, jeglichen Protest gegen das Gipfeltreffen mundtot zu machen. Wir werden alle linken Aktivist*innen unterstützen, die in Hamburg gegen den G20 auf die Straße gehen und in der Folge staatlicher Repression ausgesetzt sind.

► *Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an o.g. Mailadresse.*